

# Bundesstraße 169 – Nordumfahrung Plessa Gegner der Ortsumfahrung aus Plessa und Kahla bitten Landtagsabgeordnete um Hilfe

Die Mitglieder der Bürgerinitiative gegen die nördliche Verlegungstrasse der Bundesstraße 169 bei Plessa fühlen sich von Behörden und Planern nicht gehört. Die Linienbestimmung sei an ihren Interessen vorbei abgelaufen. Doch sie lassen nicht locker.

19. August 2021, 13:26 Uhr•Plessa

Ein Artikel von



[Manfred Feller](#)



Versenden Briefe der Bürgerinitiative gegen die Nordumfahrung von Plessa und Kahla an alle Brandenburger Landtagsabgeordneten: Andreas Lehmann, Sylvia Walter, Hans-Jürgen Schröder und Frank Werner. © Foto: Manfred Feller

Alle 88 [Brandenburger](#) Landtagsabgeordneten erhalten Post aus [Plessa](#) und Kahla. Die [Bürgerinitiative \(BI\) gegen die Nordumfahrung der B 169](#) bittet die gewählten Volksvertreter um Unterstützung. Einige kennen die Problematik von Vor-Ort-Besuchen bereits. Doch alle Bemühungen der Nordumfahrungsgegner, ihre Bedenken zu berücksichtigen, hätten bislang nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Stattdessen sei die [Linienbestimmung](#) erfolgt und die Planung gehe weiter.

## Plessa und Kahla verlangen erneute Prüfung

„Wir werden bei den Entscheidungsträgern von Bund, Land und den Planern der Deges zu wenig gehört oder erhalten erst gar keine Rückmeldung“, sagt Hans-Jürgen Schröder, einer der Sprecher der Initiative.

Verlangt wird eine nochmalige Überprüfung der favorisierten Nordumfahrung mit Blick auf Bergbaualtlasten, die Teilinanspruchnahme von Wohngrundstücken und den Waldeinschlag im Umfang von mehr als zehn Hektar.

## **Dutzende Ordner sind durchzusehen**

„Der Bürgerwille hat bei der Abwägung keine Rolle gespielt“, kritisiert Kristin Schröder-Grahl von der Bürgerinitiative. Ein Erfolg sei aber, dass der geforderte Arbeitskreis mit Vertretern der Fachbehörden des Landkreises und der Planungsgesellschaft gebildet werden solle.

Die Nordumfahrung sei nur auf den Tisch gekommen, weil der Freiraumverbund im Norden von Plessa 2019 verringert worden sei. Um dafür die Gründe zu erfahren, habe die BI bei der Landesplanung Akteneinsicht beantragt und erhalten. Nicht weniger als 65 Ordner seien zu durchforsten.